

10.04.2013

Postulat

von Ursula Uttinger (FDP)
und Irene Bernhard (glp)

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie die Erwerbsnachweise der Eltern mit einem subventionierten Platz in einer Kinderkrippe künftig direkt von der Verwaltung und nicht mehr wie heute durch die Krippenleitungen eingetrieben werden können.

Begründung:

Krippenbetreiber klagen über einen enorm gestiegenen administrativen Aufwand, insbesondere durch den Anstieg an subventionierten Plätzen. Das jährliche Eintreiben der Erwerbsnachweise jener Eltern von Krippenkindern, die einen subventionierten Platz beanspruchen, ist eine Verwaltungs- und Kontrollaufgabe, welche zudem das auf gegenseitigem Vertrauen basierende Verhältnis zwischen Krippe und Eltern als ihre Kunden belasten kann. Da die Eltern sowieso jedes Jahr ihre Subventionsbestätigung erneuern müssen, könnte sie ihren Erwerbsnachweis direkt bei der Verwaltung einreichen, ohne grossen Mehraufwand zu verursachen.

